

Stadtpunkte 10|22



IM FOKUS

Nach Gespräch von Land und Kommunen: Unterbringung von Geflüchteten bleibt herausfordernd

Fachkräftemangel gefährdet Rechtsanspruch auf Kita-Platz

Galeria Karstadt Kaufhof: Der Kampf um jede Filiale lohnt

PARLAMENTARISCHER ABEND IM LANDTAG:

„In der Krise geht ohne Städte nichts“

FACHINFORMATIONEN

KALEIDOSKOP



(Foto: Land NRW Mark Hermenau)



Nach Gespräch von Land und Kommunen: Unterbringung von Geflüchteten bleibt herausfordernd

Die stetig wachsende Herausforderung, Geflüchtete in Nordrhein-Westfalen unterzubringen, zu versorgen und zu integrieren stand im Mittelpunkt der Gespräche beim Treffen der NRW-Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden (Städtetag NRW, Landkreistag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW) am 15. November.

Ministerpräsident Hendrik Wüst kündigte an, dass das Treffen ein Auftakt für weitere Gespräche sein soll. Der Vorsitzende des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Kufen aus Essen betonte, wie sehr den Kommunen aktuell an solchen Austauschmöglichkeiten mit dem Land liegt. Angesichts von Ukraine-Krieg, Energiekrise, Inflation und Corona-Pandemie seien die Kommunen derzeit „Multikrisen“ ausgesetzt, die nur gemeinsam bewältigt werden können.

Kufen erkannte die finanziellen Zusagen des Landes mit Blick auf die Geflüchteten an, sagte aber auch: „Ob das reicht, werden wir sehen, weil wir nicht genau wissen, wie viele Menschen zu uns kommen. Und nach der Unterbringung kommt das Thema der Integra-

tion. Auch da haben wir noch keine Perspektive, wie wir die zusätzlichen Aufwendungen zu stemmen haben.“

Der Ausbau der landeseigenen Unterbringungsplätze von 15.000 auf 30.000 wird aus Sicht des Vorsitzenden des Städtetages NRW mittelfristig nicht ausreichen:

„Wir haben jetzt eine Krise, was die Flüchtlingszahlen angeht, die weit über das hinausgeht, was wir 2015 und 2016 als Kommunen aufgenommen haben. Meine Prognose ist: Das wird nicht ausreichen.“

In den Jahren 2015 und 2016 habe das Land 70.000 bis 80.000 Plätze zur Verfügung gestellt. „Die Erwartungshaltung ist, dass wir bei ähnlichen Flüchtlingszahlen rauskommen wie 2015/16. Aber ich sage auch, wir sind gestartet bei 15.000, jetzt sind wir bei 30.000, das erkennen wir an. Und der Ministerpräsident hat auch gesagt, wir bauen die Unterkünfte nach Bedarfslage und nicht nach Kassenlage aus. Insofern ist die Zusage für uns auch bindend“, so Kufen. In jedem Fall, so Kufen, würden die Kommunen ihren Beitrag leisten und Obdachlosigkeit verhindern.

Der Städtetagsvorsitzende erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass auch die Anzahl der Menschen, die über die Balkanroute nach Deutschland kämen, zunehme. Schon jetzt seien die Unterbringungsmöglichkeiten in kommunalen Einrichtungen und Wohnungen knapp.

Die Alternative, die schon in einigen Kommunen Realität ist, die Unterbringung in Turnhallen o.ä., müsse mit Hinblick etwa auf Vereine und Schulsport möglichst vermieden werden. Auch deshalb seien ausreichende Plätze in landeseigenen Unterkünften eine wichtige Voraussetzung dafür, dass in den Kommunen ein Grundstandard bei der Versorgung und Unterbringung der Menschen gewährleistet werden könne.

Zusagen des Landes

- Das Land gibt seinen Anteil an den vom Bund bislang für 2022 zur Verfügung gestellten 2 Milliarden Euro eins zu eins an die Kommunen weiter und leistet eine noch diesbezüglich ausstehende Zahlung. (Das war bereits verabredet.)
- Von den für 2022 und 2023 zusätzlich vom Bund zugesagten Mitteln wird die Hälfte an die Kommunen ausgeschüttet. Das sind rund 500 Millionen Euro.
- Weitere 500 Millionen Euro zahlt das Land den Kommunen wegen der finanziellen Belastungen durch Corona.



v.l.n.r. Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Medien und Chef der Staatskanzlei; Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer, Präsident Städte- und Gemeindebund NRW; Oberbürgermeister Thomas Kufen, Vorsitzender des Städtetages NRW; Dr. Bernd Schulte, Amtschef der Staatskanzlei und Staatssekretär; Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung; Thomas Hendele, Präsident des Landkreistages NRW; Ministerpräsident Hendrik Wüst; Dr. Martin Klein, Hauptgeschäftsführer des Landkreistages NRW; Mona Neubaur, stellv. Ministerpräsidentin und Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie; Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages Nordrhein-Westfalen; Josefine Paul, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung; Flucht und Integration; Christof Sommer, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW. (Foto: Land NRW Mark Hermenau)

- Bis Januar 2023 verdoppelt das Land seine Plätze in landeseigenen Unterkünften auf 30.000.

Titelfoto: Düsseldorfer Hauptbahnhof und Deutschlandticket

Der Hauptbahnhof der Stadt Düsseldorf wird täglich von fast 250.000 Reisenden genutzt. Hinzu kommen die vielen Menschen, die vom davorliegenden Konrad-Adenauer-Platz mit Straßenbahnen und Bussen in die Stadteile fahren. In den kommenden Jahren sollen der Bahnhof, der Bahnhofsvorplatz und das angrenzende Hochhaus attraktiver werden – barrierefrei und mit unterirdischer Fahrradgarage. (Animation: DB Station&Service)

Ob das von Bund und Ländern verabredete Deutschlandticket künftig noch weitaus mehr Menschen vom ÖPNV überzeugt? Vielleicht. Für den nötigen Ausbau, für klimafreundlichere Fahrzeuge und Sanierungen reicht der Ticketpreis allerdings nicht aus. Dafür ist mehr von Bund und Land nötig. Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetags NRW: „Den Städten ist wichtig, dass ein bundesweites Deutschlandticket mit einem besseren Verkehrsangebot verbunden wird. Mobilität für alle und mehr Klimaschutz im Verkehr geht nur mit mehr und besserem ÖPNV.“



Fachkräftemangel gefährdet Rechtsanspruch auf Kita-Platz

Die kommunalen Spitzenverbände haben das Land aufgefordert, schnell und gezielt gegen den wachsenden Mangel an pädagogischen Fachkräften vorzugehen. In etlichen Tageseinrichtungen für Kinder fehle schon jetzt so viel Personal, dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nicht mehr vollständig erfüllt werden kann. Zahlreiche Kitas hätten ihr Angebot bereits einschränken und die Betreuungszeiten reduzieren müssen. Die Situation werde sich ab dem Jahr 2026 mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule nochmals deutlich verschärfen, so die Verbände.

Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW sagte anlässlich der Studie: „Bund und Land müssen sofort Maßnahmen ergreifen, die bis zum Sommer 2023 tatsächlich wirken. Sonst erleben wir nicht den so dringend nötigen Ausbau der Kinderbetreuung, sondern einen Rückgang der Betreuungsplätze. Auch die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ist dann kaum noch möglich.“

„Bund und Land müssen sofort Maßnahmen ergreifen, die bis zum Sommer 2023 tatsächlich wirken.“

Helmut Dedy
Geschäftsführer Städtetag NRW

Die Städte haben in den vergangenen Jahren viel Kraft in bessere Kinderbetreuung und die Ausbildung von pädagogischen Fachkräften gesteckt. Es fehlt aber immer noch eine wirkungsvolle Fachkräfte-Initia-

tive von Bund und Land. Es ist höchste Zeit, dass hier endlich mehr passiert.

Wir brauchen dringend mehr Plätze in den Fachschulen. Das Land Nordrhein-Westfalen muss die Ausbildungskapazitäten massiv ausbauen. Schon jetzt können manche Kitas freie Betreuungsplätze nicht anbieten, weil das Personal fehlt. Ohne diese neuen Fachkräfte können die Qualitätsanforderungen und der steigende Betreuungsbedarf nicht erfüllt werden. Und nur mit mehr Personal werden auch die Arbeitsbedingungen für alle Erzieherinnen und Erzieher attraktiver. Auch die anhaltende Zuwanderung, nicht nur aus der Ukraine, stellt die Jugendämter vor erhebliche Herausforderungen.

Das Familienministerium NRW hat Ende September 2022 den Auftakt zu einer Fachkräfte-Initiative in den Sozial- und Erziehungsberufen gestartet. Diese Initiative muss jetzt zügig zu konkreten Schritten führen, damit der weitere Ausbau der Kinderbetreuung nicht gefährdet wird.

Wir brauchen nicht nur mehr Personal für die Kinderbetreuung, sondern auch zusätzliche Räume und neue Einrichtungen. Der Druck ist groß, denn der Bauwirtschaft fehlen Fachkräfte und Material und die Preise explodieren. Das erschwert den Ausbau der Kinderbetreuung zusätzlich.

Eine qualitativ hochwertige Erziehung, Bildung und Betreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Kommunen können das nicht allein schultern. Die Finanzierung der Kinderbetreuung muss mit Bund und Ländern neu verhandelt werden.

Im Jahr 2020 sind fast 8 Milliarden Euro in die Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen geflossen. Und die Ausgaben steigen stetig, jedes Jahr um rund 10 Prozent. Wir sehen aber, dass das nicht reicht. Der Bund und das Land müssen hier dauerhaft mehr beitragen.“



Blick auf das Filialdach am Limbecker Platz in Essen (Foto: Peter Prengel Stadt Essen)

Galeria Karstadt Kaufhof: Der Kampf um jede Filiale lohnt

Von Oberbürgermeister Thomas Kufen

Die Städte sind wegen drohender weiterer Schließungen von Filialen bei Galeria alarmiert. Die großen Kaufhäuser ziehen nach wie vor viele Menschen in die Innenstädte und Stadtteilzentren. Sie haben heute und auch in Zukunft entscheidenden Einfluss für andere Händler und die Gastronomie und deren Beschäftigte. Viele Städte investieren in die Infrastruktur im Umfeld von Kaufhausstandorten, um öffentliche Räume aufzuwerten und attraktiv zu halten. Weitere Filialschließungen nehmen den Innenstädten Zukunftsaussichten und den Bürgerinnen und Bürgern einen Ort der Versorgung und Begegnung in ihrer Stadt. Denn, und das haben alle verstanden: Wenn Filialen leer stehen, verliert das gesamte Umfeld schnell an Attraktivität.

Der Städtetag setzt sich dafür ein, rasch Lösungen zu finden, um Schließungen so weit wie möglich zu verhindern. Jetzt müssen alle Beteiligten auf Augenhöhe miteinander sprechen. Der Kampf um jede Filiale

lohnt. Noch wissen wir nicht, wie stark die Städte in NRW von Kaufhaus-Schließungen betroffen wären. Hier brauchen wir schnell Klarheit.

Für die Städte ist es besonders wichtig, die Innenstädte und Stadtteilzentren für Bewohnerinnen und Bewohner sowie Besucherinnen und Besucher attraktiv zu halten. Und es geht darum, möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern. Innenstädte sind längst nicht mehr ausschließlich nur Orte zum Einkaufen. In den vergangenen Jahren haben sich verstärkt Cafés und Restaurants, Kultur- und Tourismusanbieter angesiedelt. Zusammen mit kleinen produzierenden Gewerbebetrieben ist ein vielfältiges und lebendiges Miteinander entstanden. Dieser Wandel wird sich fortsetzen. Darüber hinaus wird zukünftig auch das Thema Wohnen in Innenstädten wieder verstärkt eine Rolle spielen. Davon profitieren Unternehmen und die Menschen vor Ort.

Oberbürgermeister Thomas Kufen
Vorsitzender des Städtetages NRW



Parlamentarischer Abend im Landtag: „In der Krise geht ohne Städte nichts“

Viele neue Gesichter auf beiden Seiten bei einem intensiven Austausch: Am 3. November trafen sich Landespolitikerinnen und Politiker, darunter Ministerinnen und Minister und Stadtspitzen beim parlamentarischen Abend des Städtetages NRW im Düsseldorfer Landtag. Das Treffen bot viele Gelegenheiten, die Herausforderungen und Zukunftspläne der Städte beim „kleinen Plausch“ zu diskutieren. Schwerpunkte bildeten dabei die aktuellen Entwicklungen bei den Themen Geflüchtete, Energie und gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Grußwort des Landtagspräsidenten André Kuper



Landtagspräsident André Kuper
(Foto: Landtag NRW/Michael Gstettenbauer)

In seinem Grußwort zur Eröffnung des Parlamentarischen Abends verwies Landtagspräsident André Kuper auf die Bedeutung der engen Kontakte und des intensiven Austauschs zwischen den Landesparlamentarierinnen und -parlamentariern und den Stadtspitzen sowie den Mitgliedern der Räte.

„Sie, die Mitglieder des Städtetages und die im Spitzenverband Engagierten vertreten die Stimme der Großstädte. Und damit sprechen Sie für das unmittelbare Lebensumfeld von rund 9 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen, also gut die Hälfte. Und damit wissen Sie sehr gut, wo vor Ort im Einzelnen der Schuh drückt.“ Die kommunale Familie sei deshalb „ein unver-

zichtbarer, ein wichtiger und geschätzter Gesprächspartner“ für die Landesebene. Dieses sei in einer Phase der „kumulierten Krise“ von zentraler Bedeutung. Corona-Pandemie, Krieg in Europa, Preissteigerungen bei Benzin, Gas, Strom und Unsicherheiten in der Energieversorgung sowie besonders die Unterbringung der Geflüchteten machten es notwendig, zusammenzustehen, so der Landtagspräsident. Kuper appellierte an die Kommunen: „Wir im Land und in der Landespolitik stehen an Ihrer Seite, bleiben Sie aber bitte auch an unserer Seite.“

Die Krisenbewältigung funktioniere nur „in einem gegenseitigen Miteinander“. Kuper dankte den Städten, „dass Sie sich mit größtmöglichem Einsatz für die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten stark machen“. Er betonte außerdem, „dass die berechtigten Sorgen der Kommunen in diesem Hause auch gehört werden“.

Neben der Situation infolge des Krieges in der Ukraine nannte der Landtagspräsident als weitere Herausforderungen die Klimakrise, den Erhalt attraktiver Innenstädte, die Schaffung von mehr und bezahlbarem Wohnraum und die Frage nach der Mobilität der Zukunft. Immer gehe es bei diesen Fragen „auch um den sozialen Zusammenhalt und ein gutes Miteinander“, so Kuper. Deshalb sollte es die gemeinsame Aufgabe von Parlament, Landesregierung und kommunaler Familie sein „sich für Demokratie und demokratische Werte gemeinsam einzusetzen“.

Mithelfen solle dabei auch ein „neueres demokratieförderndes Format“, das er dem Präsidium des Landestages vorgeschlagen habe. Es trage den Namen „Landtag vor Ort“ und verfolge als Idee, dass der Landtag und all die Einrichtungen und Veranstaltungsmöglichkeiten in die Städte vor Ort kommen, um dort für Demokratie Werbung zu betreiben. Kuper lud die Stadtspitzen ein, dabei mitzumachen und rief dazu auf, ihn und sein Team darauf anzusprechen.



Diskussionsrunde mit v.l.n.r. Oberbürgermeister Thomas Kufen, Vorsitzender des Städtetages NRW; Susanne Wieseler, TV-Journalistin, und Mona Neubaur, stellv. Ministerpräsidentin und Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. (Foto: Landtag NRW/Michael Gstettenbauer)

Hilfe für Geflüchtete geht nur im Schulterschluss

Der Städtetags-Vorsitzende Thomas Kufen, Oberbürgermeister aus Essen, nutzte im Anschluss die Bühne, um über die Lage bei der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine in den Städten zu berichten. Kufen erklärte, vor Ort herrsche weiterhin große Hilfsbereitschaft. Die Menschen aus der Kriegsregion, aber auch Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern sollen vernünftig und mit Perspektive untergebracht werden.

Im Gespräch mit der Stellvertretenden Ministerpräsidentin Mona Neubaur verwies er auf die große Kraftanstrengung, die damit verbunden sei: „Es ist keine leichte Aufgabe, vor allem weil sich die Stadtverwaltungen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen insgesamt, seit annähernd sieben Jahren im Krisenmodus bewegen.“

Seit der Flüchtlingskrise 2015/2016 bestehe in den Kommunen eine dauerhafte Ausnahmesituation. Die Integration der Geflüchteten sei noch immer im vollen Gange gewesen als die Corona-Pandemie hereinbrach und nun erlebe Deutschland ein Jahr, in dem über eine Million Menschen hierher fliehen mussten. Dennoch sei die Solidarität und das Engagement in den Städten groß,

so der Städtetags-Vorsitzende: „Wir stehen an der Seite der Ukraine, wir stehen an der Seite der Freiheit. Denn die ist bedroht durch die Machthaber in Moskau, deswegen kommen wir unseren Verpflichtungen nach.“ Die aktuelle Lage gehe aber nicht spurlos an den Stadtverwaltungen vorbei, die Beschäftigten arbeiteten unter hoher Belastung. Mona Neubaur, stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, bedankte sich für das vielfältige Engagement in den Städten. „Da können wir in der Politik, Oberbürgermeister oder Ministerin, erzählen was wir wollen, was in NRW eine Bank ist, ist unsere Zivilgesellschaft, die Haltung hat, die Herz zeigt. Wir müssen unseren Job machen, um diesen Zusammenhalt durch gut finanzierte Strukturen zu sichern. Wir wollen gemeinsam zeigen, Politik ist handlungsfähig, das Land ist an der Seite der Kommunen.“

Städte als Motor der Krisenbewältigung

Die Moderatorin des Gespräches, die TV-Journalistin Susanne Wieseler hakte nach, was die Städte benötigten, um die „Krisen, die sich stapeln“, zu bewältigen. Der Städtetags-Vorsitzende machte deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger mit Sorge beobachteten, wie Energiepreise und die In-



flation stiegen. „Vor zwei Jahren war für 50 Euro noch mehr im Einkaufswagen“, sagte Kufen. Doch nicht nur bei den Menschen, auch bei den Städten würden die Mittel knapper: „Wir alle wissen, die kommunalen Haushalte stoßen an Grenzen, wir werden zusammenrücken müssen.“

„Weniger Gießkanne, mehr zielgerichtete Hilfen, mehr klare Kommunikation“, wünschte sich Kufen von Bund und Land und verband das mit dem klaren Signal: „Ohne die Kommunen geht in der Krise nichts.“

Neubaur erklärte, die aktuelle Entwicklung bei den Energiepreisen zeige, dass eine Energiewende überfällig sei: „Weil wir gerade ja merken, wie teuer es ist, unabhängig zu werden, von Putins Gas und Rohstoffen. Und diesen Preis zahlen ja viele im Einzelnen. Jemand wie ich braucht keine staatlichen Entlastungen, aber die Rentnerinnen oder die Auszubildenden, die brauchen zielgenaue Unterstützung. Deswegen kann

man mit dem Entlastungspaket noch nicht zufrieden sein, wenn man den Anspruch zur Zielgenauigkeit hat.“

Gut sei, so Neubaur, dass eine Strom- und Gaspreisbremse vereinbart worden sei und erstmals auch die Stadtwerke berücksichtigt würden. Wichtig sei aber auch, dass die Städte in die Lage versetzt würden, in Maßnahmen zum Klimaschutz wie Gebäudesanierungen, Klimaanpassung, Verkehrswende, nachhaltige Energieversorgung investieren könnten. „Das ist ein entscheidender Punkt, den wir jetzt entscheiden müssen: zusammen, diese Investitionen auch bei angespannten öffentlichen Haushalten zu realisieren.“ Denn am Ende seien es die Kommunen, die es umsetzen müssten.

Perspektiven für die Altschuldentilgung?

Die wichtige Rolle der Stadtwerke bei der Energieversorgung nahm der Städtetags-Vorsitzende auf: „Die Stadtwerke liefern auch dann Gas und Strom, wenn sie nicht genau wissen, ob die Rechnungen bezahlt werden. Insofern sind sie verlässliche Partner der Energiewende einerseits, aber auch des sozialen Zusammenhalts“, so Kufen. Die Notwendigkeit, jetzt mehr Mittel in die Hand zu nehmen, unterstrich er: „Der Planet hält ja nicht plötzlich die Luft an, nur weil wir andere Themen zu bearbeiten haben. Dazu brauchen wir handlungsfähige Kommunen, die das stemmen, die genau jetzt investieren, auch dann, wenn es teurer wird.“

Auch für den Ausbau von Schulen und Kitas, besonders mit Blick auf die vielen Geflüchteten, die integriert werden müssten, sowie für die Sanierung von öffentlichen Gebäuden, die jahrzehntelang vernachlässigt worden sind, müsse rasch Geld vor Ort ankommen, so der Städtetags-Vorsitzende. „Da brauchen wir ein gutes Gemeindefinanzierungsgesetz, das auch die Interessen der großen Städte berücksichtigt“, sagte Kufen, „und entweder lösen wir jetzt das Thema Altschulden oder nie. Ich wäre dafür, dass wir es jetzt lösen.“

Mona Neubaur antwortete, eine Lösung für die Altschulden sei im Koalitionsvertrag der Landesregierung vereinbart worden. Diese sei notwendig, damit betroffene Städte handlungsfähig blieben und investieren



(Alle Fotos: Landtag NRW/Michael Gstettenbauer)



(Fotos: Landtag NRW/Michael Gstettenbauer)

könnten, um die Krisen zu bewältigen:
 „Wenn man heute darüber nachdenkt, wie gehen wir eigentlich mit dieser Staffeldkrise um? Was kann ein Staat dafür tun? Ich meine, er kann Infrastruktur bauen und zur Infrastruktur gehört auch die Betreuung unserer Kleinen und Kleinsten. Gerade um ausreichende Arbeit und Fachkräfte zu haben, brauche ich die beste Betreuung, von der Kita über die Schule, über die Berufsschule bis zur Hochschule.“



Das sind die Intuitionen, wo wir zeigen können, wir haben verstanden, dass das Grubengold in NRW heute auf zwei Beichen in der Marienkäfergruppe irgendwo in Essen-Kupferdreh ihren Anfang macht, um später einmal irgendwo Metallbaumeisterin zu werden.



Nach diesem von großem Verständnis für die städtischen Anliegen geprägte Austausch standen die persönlichen Gespräche der Vertreterinnen und Vertreter aus den Städten und dem Landesparlament im Mittelpunkt. Einhelligkeit herrschte darüber, dass der Dialog zwischen Städten und

Landtag durch eine solche Veranstaltung nach Jahren, in denen Treffen hauptsächlich in Videokonferenzen möglich waren, ausgesprochen wertvoll ist. In diesem Sinne: Auf ein Wiedersehen im Landtag!

Studie zur Stadt- & Mobilitätsentwicklung in Europa

Auf welche Lösungen setzen Städte anderer europäischer Länder für eine klimagerechte Stadt- und Mobilitätsentwicklung? Was ist für deutsche Städte davon sinnvoll? Antworten darauf liefert die Studie „Klimagerechte Stadt- und Mobilitätsentwicklung: von europäischen Städten lernen“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). Die Publikation gibt es kostenfrei online.

www.difu.de/17568



Bundeswettbewerb Nachhaltige Tourismusdestinationen 2022/2023



Tourismusorte, Tourismusregionen und Städte in ganz Deutschland die als Reiseziele einen nachhaltigen Ansatz verfolgen können ihr Engagement beim Bundeswettbewerb Nachhaltige Tourismusdestinationen 2022/2023 auf den Prüfstand stellen. Der Wettbewerb wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, dem Bundesamt für Naturschutz und dem Deutschen Tourismusverband ausgelobt, die Gewinner im Frühsommer 2023 ausgezeichnet.

Informationen und Teilnahmebedingungen unter: www.bundeswettbewerb-tourismusdestinationen.de

Aktualisierte Neuauflage: Den kommunalen Haushaltsplan richtig lesen und verstehen

Welche Auswirkungen hatte die Covid-19-Pandemie auf die kommunalen Haushalte? Wie wirkten die Entlastungen und haushaltsrechtlichen Erleichterungen? Was sind die Folgen der aktuellen Grundsteuerreform bei Anwendung des Bundesmodells oder bei den abweichenden Länderregelungen? Diese und weitere Fragen beantwortet die aktuelle Standardeinführung in das kommunale Finanzwesen.

www.esv.info



Landschaftspark Duisburg-Nord mit Besucherrekord

Der Landschaftspark Duisburg-Nord hat in diesem Jahr die Millionenmarke bei den Besucherzahlen geknackt: Bisher kamen 1.070.000 Besucherinnen und Besucher. Das sind schon jetzt 50.000 Besucher mehr als im letzten Jahr. Für das kommende Jahr sind mehrere Großveranstaltungen geplant, darunter das Multi-Sportevent „Finals 2023 Rhein-Ruhr“, bei dem in 18 Sportarten vom 6. bis 9. Juli die deutschen Meistertitel vergeben werden.

www.landschaftspark.de



Landschaftspark Duisburg-Nord (Foto: Thomas Berns)

Aachen, Neuss und Siegburg haben Europaschulen

Die Landesregierung hat Schulen in den Mitgliedsstädten Aachen, Neuss und Siegburg, außerdem in Heek, Neukirchen-Vlyn und Paderborn das Zertifikat „Europaschule in Nordrhein-Westfalen“ verliehen. Dafür hatten sich die Schulen einem Zertifizierungsverfahren unterzogen. Sie bieten unter anderem ein erweitertes Fremdsprachenangebot, internationale und europäische Projekte und Wettbewerbe und Austauschprogramme, sowie eine Ausrichtung des Schulprogramms am Europaprofil.

www.europaschulen.nrw.de

Dortmund: alte Stadtmauersteine bringen 21.000 Euro Spenden

Mit einer Spende für den Kinderschutzbund konnten Menschen in Dortmund am 6. November Steine aus einem kleinen Teil der mittelalterlichen Stadtmauer erhalten. Von rund 2.000 Steinen, die unter dem alten Wallring ausgegraben und von der Unteren Denkmalbehörde freigegeben worden waren, fanden 767 Steine ein neues Zuhause.

www.dortmund.de



Stadtmauersteine Dortmund (Foto: Stadt Dortmund)



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Daniela Schönwälder,
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Media Cologne GmbH,
Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, Dezember 2022